

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 24. Oktober 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergnügungsanrate u. s. w. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 122.

## Zur Situation!

Die weiteren Versammlungen verliefen, speziell in Süddeutschland, weniger befriedigend. In Karlsruhe, Heilbronn a. N., Göttingen, Freiburg i. Br., Augsburg und Mannheim fanden lebhaftere Debatten statt. Daß in letzterer Mitgliedschaft ein uns aus unsrer Tätigkeit wie auch persönlich als ziemlich radikal und kritisch veranlagter bekannter Kollege erklärte, mit dem neuen Tarif ausnahmsweise einverstanden zu sein, und daß er die für die Maschinenseger eingetretene Veränderung als unabwendbar bezeichnete, verdient besondere Erwähnung, ebenso, daß in der stark besuchten, äußerst ruhig und würdig verlaufenen Magdeburger Versammlung bei der kurzen Diskussion nicht einmal ein Maschinenseger das Wort ergriffen hat. Neben der winzigen Arbeitszeitverkürzung und dem neuen Maschinensegertarif ist es in besondern die sogenannte Dreimarkgrenze bei der Minimumerhöhung, die die Kritik herausfordert. Wir haben in der vorletzten Nummer das Notwendige darüber gesagt. Die betreffenden Mitgliedschaften schlugen sich damit aber selbst ins Gesicht, weil man sonst immer und ewig hört, daß das Minimum zum Maximum geworden sei, und wenn einmal die Entlohnung höher, sie immer nur um „ein paar Pfennige“ das Minimum übersteige. Es kann nur nochmals ausgesprochen werden, daß der Deutsche Buchdruckerverein und wenn nötig auch das Tarifamt auf die Prinzipalität einwirken werden, daß vorgekommene Unstimmigkeiten nach dieser Richtung bei der Tarifeinführung am 1. Januar vermieden werden. Zur Übrigen sollte es doch keiner Betonung des alten Erfahrungssatzes bedürfen, daß den tüchtigeren, höherbezahlten Kräften auch eine angemessene Erhöhung gewährt werden muß, wenn man sie nicht für sein Geschäft verlieren will. In Göttingen wurde sogar die Behauptung aufgestellt, daß die zehnprozentige Aufbesserung nur einem Teile der Gehilfen zugute kommt. Da Göttingen 2 1/2 Proz. an Lokalaufschlag mehr bekommt — beantragt war allerdings die Kleinigkeit von 10 Proz. Erhöhung, also auf 17 1/2 Proz. —, so erhalten die Jungausgelernten 10,8 Proz., die Gehilfen in Klasse A 11,2 Proz., in Klasse B ebenfalls 11,2 Proz. und die in Klasse C 12 1/2 Proz. Im Reichsbuchdruckerschnitt gehören 80 Proz. der Gehilfen der höchsten Altersklasse an. Das gerade Gegenteil von dem in Göttingen Behaupteten ist also Tatsache. In Posen und in Göttingen wurde auch die zu lange Tariffdauer bedauert. Während in Österreich und in Ungarn die Tarife dieser Länder acht bzw. zehn Jahre gelten und in Deutschland die Gewerkschaften jetzt dahin streben, zu langfristigen Tarifabschlüssen zu kommen — wir sprachen darüber vor den Tarifverhandlungen —, will man bei uns das Gegenteil! Wir können nur sagen, daß die Gehilfenschaft sich damit in das eigne Fleisch schneiden würde. Die Drucker in Freiburg befristeten eine Einengung ihres Arbeitsfeldes. Diese Befristung ist hinfällig. Der in Frage kommende Prinzipalsantrag erledigte sich mit einer kurzen Aussprache dahingehend, daß für minderwertige kleine Druckarbeiten, die vornehmlich an der Wochenpresse hergestellt werden, das Zurückziehen einzelner Zeilen nicht unter allen Umständen als Maschinenmeisterarbeit zellamiert werden soll. An dem gegenwärtigen Zustande wird also nichts geändert.

Starker Versammlungsbesuch ist überall zu konstatieren. Nur Schwerin machte bis jetzt eine Ausnahme. Die alten Herren sind dort gar nicht aus ihrer Ruhe zu bringen; müssen es recht gut haben und ganz zufrieden sein mit der Tarifausschüttung von 1911. Goffentlich wiederholt sich nicht diese Interesslosigkeit. Uns

den Mitgliedschaften, wo erregte Versammlungen stattfanden, wird uns mehrfach geschrieben, die älteren Kollegen wären nicht einverstanden mit der von dem jüngeren Teil inszenierten polternden Opposition; sie verschmähten es aber, dieser entgegenzutreten. Das ist ein falscher, nicht im Interesse der Organisation gelegener Standpunkt, denn die wahre Stimmung in den Mitgliederkreisen kommt so nicht zum Ausdruck.

Gegen den „Korr.“ wird verschiedentlich Stellung genommen. Besonders wird uns der Rat verübelt, den wir in Nr. 118 erteilten, nämlich, daß diejenigen sich ihre volkswirtschaftlichen Kenntnisse patentieren lassen sollten, die von dem in materieller Hinsicht Erreichten noch nicht befriedigt sind. Freilich, so abstrakt stand das nicht im „Korr.“, es ging etwas voraus. Wir geben aber zu, daß dieser Satz zu mißverständlichen Auffassungen Anlaß geben kann. Wenn wir auch das materielle Ergebnis unter einem höheren volkswirtschaftlichen Gesichtswinkel werten als viele andere Kollegen, so ist diese Stelle doch gar nicht als allgemein bezüglich gedacht gewesen. Vielmehr veranlaßten uns sofort nach den Tarifverhandlungen zu Ohren gekommene Redensarten, bestimmten Leuten den Standpunkt in dieser unschriebenen Weise klar zu machen. Wir können darüber nicht gut beutlicher werden, aber es mag die Erklärung genügen, daß wir damit keinen Vorwurf gegen die Allgemeinheit der Kollegen erhoben haben wollten. Diese erkennt ja vielmehr überwiegend die materiellen Verbesserungen als das äußerste Erreichbare an. Andere Vorhaltungen erstrecken sich wieder auf die Berichterstattung während der Tarifverhandlungen. Dazu ist zu sagen, daß diesmal überhaupt erst ein Anfang mit Communiqués während der Tagung gemacht worden ist. Sie stammten vom Tarifamt und konnten gar nicht anders als allgemein gehalten sein, da außer dem Umstande, daß am Schluß der Verhandlungen erst in einer zweiten Lesung alles definitiv beschlossen wird, auch über die Anträge, die Stimmengleichheit gefunden haben, eine zweite Debatte und Abstimmung erfolgen muß. Ver einzelter kommt die Klage, der „Korr.“ hätte zu spät oder zu langsam seine Leser informiert. Nichts aber ist unberechtigter als ein solcher Vorwurf. Man nehme nur einmal die früheren Jahrgänge zur Hand, und es wird feststellen sein, daß der „Korr.“ so schnell wie diesmal noch nicht berichtet hat. Kann denn wirklich eine Berichterstattung für ein dreimal wöchentlich erscheinendes Blatt noch mehr beschleunigt werden, als wenn, da die Verhandlungen erst am 7. Oktober geschlossen wurden zu einer Zeit, als die Niederschrift und die Übermittlung des ersten Artikels („Das Ergebnis der Tarifrevision“) nach Leipzig an diesem Abschlußtage für den „Korr.“ nicht mehr möglich war, das den Verhandlungen bewohnende Redaktionsmitglied am anderen Morgen (Sonntag) nach Pleißeathen dampfte, die Segler, den Wetter und die Stereotypenreue zusammenzutrommeln ließ, seinen Artikel schrieb, am Abend wieder nach Berlin zur Bauvorsteherkonferenz fuhr und am Montagmorgen die fällige Nummer pünktlich wie immer, aber schon mit einem Artikel von einbrieviertel Kolonne mit einem ziemlich ausführlichen Resultat über die Tarifverhandlungen erschien? Daß an den späteren Nummern dann mehrmals bis nachts gegen 12 Uhr gearbeitet worden ist, um alles so schnell als möglich hinauszubringen — kann denn noch mehr verlangt werden? Es ist uns, wie wir ja nunmehr sagen können, die Schnelligkeit der diesmaligen Behandlung des Ergebnisses der Tarifrevision von vielen Seiten sogar ausbrüchlich anerkannt worden. Wo aber Nichtbefriedigung mit unsrer prinzipiellen Haltung herrschen sollte, da werden die ganzen Schwierig-

keiten der diesmaligen Situation doch wohl nicht ganz objektiv gewürdigt. Wir können nur sagen, daß von den berufenen Verbandsorganen und der Bauvorsteherkonferenz uns nicht im geringsten Vorhaltungen gemacht worden sind.

Dr. Max Jäncke erwähnte auf dem Verbandstage der rheinisch-westfälischen Presse (15. Oktober in Köln), die Opfer, die die Zeitungsverleger durch den neuen Tarif wieder auf sich genommen hätten, und erklärte, für manchen gingen sie bis an die Grenze der Existenzmöglichkeit. Wir nehmen an, der Vorliegende des Zeitungsverlegervereins hat dabei die Verleger der kleineren Zeitungen im Auge gehabt, denn auf die Verleger der größeren und großen Blätter trifft seine Ansicht weniger zu. Der in der Gehilfenschaft zum Teil verbreiteten Ansicht, die Prinzipale hätten noch ein Geschäft gemacht, ist der Jänckesche Ausdruck aber auch so ein Korrektiv, das zu größerem Nachdenken zwingt. Wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß in den kleineren Orten, wo man mehrfach sich auch recht unzufrieden zeigt mit dem Erreichten, die Kollegen auf die Durchsetzung der 12 1/2 Proz. noch kräftigen Nachdruck legen müssen. Dann wird man wohl einsehen, daß es gar nicht so einfach war, das zu erzielen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hat als erstes sozialdemokratisches Organ nun prinzipiell Stellung genommen zu dem Ausgange der Tarifrevision. Dieser Leitartikel steht vorteilhaft ab von früheren Äußerungen und namentlich von den Artikeln über die Tarifrevision von 1906. Der jetzige Artikel enthält beachtenswerte Momente, so daß wir ihn in einer der nächsten Nummern eingehender behandeln werden.

Der „Typograph“ traf wieder mit einem Tage Verspätung, d. h. erst bei Redaktionsluß ein. Das Bundesorgan überbietet in seiner neuesten Nummer an Freiheit, Unerschämtheit und Entfaltungen noch seine vorausgegangenen Leistungen. Wir werden nunmehr die ganze Blamage des Bundes und seines Vertreters entschülten. Daß der Guttenbergbund jetzt in eine neue Agitation eintreten will, wo er so jämmerlich abgeschlossen hat, ist bezeichnend genug für die Überhebung, die die Köpfe dieser Leute benebelt.

## Wohin geht der Weg?

Diese Frage mußte man sich unwillkürlich vorlegen, als man in der Hamburger Kreisversammlung so viele gegen unsre Organisation und gegen die Tarifpolitik wüthen sah. Und demjenigen stimmte man am lautesten zu, der am schärfsten unsere eigne Organisation und besonders unser Verbandsorgan, den „Korr.“ angriff. Wohl ist eine gesunde Kritik unbedingt notwendig in einer so großen Körperschaft, wie sie unsre Organisation und die Tarifgemeinschaft darstellt; aber man darf den Boden der realen Tatsachen nicht unter den Füßen verlieren. Alles in Grund und Boden treten, die Ergründungen des neuen Tarifabschlusses nicht erwähnend, wohl aber um so krasser die geringfügigen Verschlechterungen als eine große Niederlage der Gehilfen zu bezeichnen, liegt wahrlich nicht im Interesse der Gehilfenschaft. Und doch geschah es in der Hamburger Kreisversammlung. Die Provinzkollegen hatten nur wenige Delegierte entsandt und besanden sich folglich in einer verschwindenden Minderheit.

Aber trotzdem hätte ich eine solche Beurteilung des neuen Tarifabschlusses mir nicht träumen lassen. So bezeichnete man das Wert des Tarifabschlusses als eine öde Sandwüste, gleich der neuen Sandwüste, die Deutschland jetzt von Frankreich in Afrika erhalten soll. Die Gehilfensvertreter hätten uns verkauft und verraten; nur deshalb hätten sie dafür gestimmt, weil sie ihre Posten gerne behalten wollten! Der „Korr.“ hätte die Verschlechterungen des neuen Tarifs noch nicht veröffentlicht,

um die Gehilfenschaft zu täuschen usw. Dies war so ungefähr die „sachliche“ Kritik der Hamburger Disziplins-rechner sowie die des Kollegen Fesch (Mübed).

Durch eine solche Untergrabung des Vertrauens zu den Führern muß die stärkste Organisation in ihren Grundfesten erschüttert werden. Dies kann und darf so nicht weitergehen. Unsere Organisation bis herab zum kleinsten Ortsvereine muß zu dieser schwierigen Situation Stellung nehmen. Nach meiner Überzeugung würde auch eine außerordentliche Generalversammlung kein anderes Resultat als das der Gehilfenvertreter beschließen.

Aber die Kollegen der Großstadt wissen ganz genau, daß eine andre Körperlichkeit der Gehilfen (z. B. eine Generalversammlung) kein anderes Resultat als die Entnahme des augenblicklich abgeschlossenen Tarifs nach Hause bringen würde, deshalb trifft wohl die Behauptung zu: Dieser Kampf richtet sich gegen die ganze Tarifpolitik unfres Verbandes! Die bisherige ruhige, geschickte Taktik unrer Organisation soll geändert werden. Daß damit auch gleichzeitig unsere Tarifgemeinschaft in die Brüche gehen muß, ist jedem einseitigen Kollegen klar, denn diese konnte bisher nur durch die Taktik des gegenseitigen Interessenausgleichs gehalten werden. Aber es ist klar, daß man ohne Reichstaxi oder schließlich überhaupt ohne jeden Tarif wohl in einzelnen Orten und hier auch nur kurze Zeit, niemals aber in ganz Deutschland solche Erfolge als bisher verzeichnen könnte. Kollege Steinhardt (Hamburg) sprach schon in der Kreisversammlung vor der Tarifrevision, in der die Gehilfenanträge definitiv beschlossen wurden, aus, daß die Provinzkollegen unfre moderne Taktik nicht mitmachen und bezeichneter schließlich die Provinzler als Hemmschuh der Entwicklung.

Ein Tarif wird stets nur ein Interessenausgleich der zwei Parteien darstellen. Kollege Steinhardt sagte: Wir sind Freunde des Tarifs, aber nur eines Tarifs, der uns was nützt! Das selbe sagen auch die Prinzipale. Beide Parteien haben entgegengesetzte Interessen und folglich entgegengesetzte Forderungen und Wünsche. Ein Tarif kann daher niemals sämtliche Wünsche der Gehilfen enthalten, oder er stände nur auf dem Papier und die Unternehmer kümmern sich nicht um die Durchführung und Innehaltung des Tarifs. Umgekehrt wird auch ein Tarif von uns keine Unterstützung finden, wenn nur die Interessen der Unternehmer dadurch gestiftet würden. Bei dieser Tarifrevision hatten beide Parteien direkt entgegengesetzte Anträge in allen Fragen, und wenn man sich jetzt das Resultat der Verhandlungen betrachtet, so kann man unumwogen von einer Niederlage der Gehilfen sagen, wie es in Hamburg ein Redner fertig brachte. Und wenn man von diesem Gesichtspunkt aus alles betrachtet, kommt man zu einer Würdigung der Arbeit unrer Gehilfenvertreter.

So will ich nur kurz nach meiner Überzeugung den neuen Tarif beurteilen: Es muß offen gesagt werden, daß die wesentlichen Verschlechterungen dringlich sind. Diese werden aber nicht durch Schwarz gemalt von einigen Kollegen. So ist die Verlängerung der Arbeitszeit der Zeitungsredaktion wettgemacht durch die Verkürzung der Arbeitszeit der Handfeger. Man kann deshalb nicht davon sprechen, daß durch die Einführung des neuen Tarifs eine größere Arbeitslosigkeit entstände.

Nun könnte mir entgegenet werden, daß ja schon eine Anzahl Handfeger eine kürzere Arbeitszeit hat, als der neue Tarif vorschreibt. Ebenso kann entgegengehalten werden, daß auch eine Anzahl von Prinzipalen (u. a. die sozialdemokratischen Betriebe) die achtstündige Arbeitszeit für Maschinenfeger beibehalten werden. Es wäre überhaupt angebracht, daß alle Betriebe, die zum 1. Januar 1912 von dem tariflichen „Rechte“, die Arbeitszeit der Maschinenfeger um eine halbe Stunde zu verlängern, keinen Gebrauch machen, im „Korr.“ veröffentlicht werden.

Besser wäre es freilich gewesen, die Gehilfenvertreter hätten statt dieser Konzession an einer andern Stelle nachgegeben. Bekanntlich konnten unfre Vertreter die 10 Proz. Lohnerhöhung nur so erreichen, daß sie Konzessionen bei dem Maschinenfegertarife machten. Man hätte aber den 25prozentigen Zuschlag in einen 20- oder 15prozentigen umwandeln sollen. Durch die allgemeine zehnprozentige Lohnerhöhung hätten dann die Maschinenfeger ihren bisherigen Lohn erhalten, aber die achtstündige Arbeitszeit wäre wenigstens geblieben. Jedoch unfre Vertreter glaubten, dann erst recht einen Sturm der Entrüstung bei den Maschinensehern zu erregen, und gaben daher in der Arbeitszeitfrage den Prinzipalen nach.

Daß die Minimalleistungen der Linotype- und Typographen in die Höhe geschraubt worden sind, ist mit ein bedauerliches Dokument für eine große Anzahl von Maschinensehern, die in Engagementsbriefen den Prinzipalen gegenüber sehr hohe Leistungen angeben. Gegen dieses Beweismaterial konnten die Gehilfenvertreter eben nicht ankämpfen. Die Maschinenfegerparte muß hier auf diesem Gebiet im Interesse der Gesundheit der Maschinenfeger und im Interesse der Allgemeinheit weiter arbeiten und darf bei dieser Arbeit von keiner Seite sich hindern lassen. Im übrigen ist im österreichischen Maschinenfegertarife dieselbe Mangel, daß im zweiten Maschinenfegerjahre mehr zu leisten ist. Es ist dies wohl mehr eine Konzession an die Provinzprinzipale, die über die hohen Maschinenfegerlöhne klagen, die die Postungen mit mehrjähriger Praxis auf Grund ihrer Leistungen bisher erhielten. Die Allgemeinheit wird jedoch durch diese Verschlechterung nicht betroffen.

Genau so verhält es sich mit dem Berechnen an den Sehmashinen. Wie hat Kollege Mufflat (Berlin) vor fünf Jahren in einem Artikel im „Korr.“ (Nr. 128 vom 3. November 1900) die Artvorarbeit als Vorarbeit hingestellt! Schwergelt stimmte ich ihm zu, stimmte nicht

ebenfalls gegen den neuen Tarif. Heute stehe ich aber als Maschinenfeger auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß nur wenige Prinzipale berechnen ließen, und bei diesen wenigen wird es wohl bleiben. In Zeitungsbetrieben war das Berechnen bisher erlaubt, nun ist das Berechnen im Werte hinzugekommen. In der Zeitung läßt es sich aber doch viel besser berechnen als im Werte. Bei Zeitungsdruck ist die Breite, Schrift, Manuskript usw. ziemlich einheitlich, während dies beim Werkzeuge nicht zutrifft. Wenn man in der Zeitung trotzdem nicht berechnen ließ, so deshalb, weil das Berechnen so fortwährenden Zwistigkeiten zwischen Seher und Prinzipal Unlaf geben würde und durch das Berechnen die sorgfältige Behandlung der Maschine leidet.

Die Vertrauensmännerfrage mag auch nicht zu unfre Befriedigung ausgefallen sein; aber sind es nicht gerade die eifrigen Tarif„freunde“, die immer davon sprechen, daß durch den Tarif die Individualität des einzelnen beeinträchtigt wird und mithin keine Massentämpfer gezogen werden können? Jetzt auf einmal, wo die Persönlichkeit des einzelnen mehr in die Erscheinung treten soll, ruft Kollege Steinhardt aus: „Die Kollegen werden sich debantieren, Mißstände in Betrieben aufzudecken, damit der Prinzipal die Seher hinauswerfen kann, weil der Tarif keinen Schuß gewährt!“ So, da haben wir den Salat! Wie würde es dann erst ohne Tarif aussehen?

Nun wäre noch etwas, was als „Verschlechterung“ ausgemalt wurde: daß die deutsche Arbeitszeit an einzelnen Tagen verschieden sein kann. Aber doch nur auf längere Zeit für bestimmte periodische Arbeiten und dann darf sie nicht über 9 1/2 Stunden täglich betragen. Jedem Fachmanne muß es doch klar sein, daß die große Allgemeinheit hierdurch nicht betroffen wird.

Die Verbesserungen werden aber von den übereifrigen Kritikern ganz vergessen: Ausnahmebestimmungen (§ 1) sind von nun nur für Orte unter 10000 Einwohnern (früher 20000) zulässig. Dann 464 neue bzw. erhöhte Sozialzuschläge! Ist das nicht allein schon eine große Ertragssteigerung?

Sobann ist ein kleiner Erfolg in der Lehrlingsfrage und in § 6 (Übersundenentfähigkeit) zu konstatieren. Aber zwei Ertragssteigerungen schlage ich hoch an: einmal, daß der Kommentar mit dem Tarife verschmolzen ist. Wie viele Konflikte, besonders in der Provinz, haben uns gelehrt, daß man dem Kommentare den Charakter bindenden Rechts abspacht! Dieser Umstand ist endlich beseitigt und damit eine Limmene von Streitfragen abgetan. Die zweite, größere Ertragssteigerung ist die zehnprozentige Lohnerhöhung — auch für die Maschinenfeger. Ja, selbst dies wurde in der Hamburger Kreisversammlung als zu wenig bezeichnet. Man will nicht bedenken, daß eine größere als 12 1/2prozentige Belastung (mit Sozialzuschlägen) viele Provinzdruckereien gar nicht ertragen könnten. Was dann, wenn dadurch das Gewerbe in der Provinz geschädigt, würde, und eine allgemeine Arbeitslosigkeit die Folge wäre?

Wohl stimmt es, daß die Lebensmittelerzeugung der letzten fünf Jahre mehr beträgt als 10 oder 12 1/2 Proz. Aber daran sind doch nicht unfre Unternehmer schuld, denn auch diese sind in der Mehrheit gegen die insame preußische Junkerpolitik. Die Agrar- und Jollpolitik in Preußen Deutschland ist schuld an dem enormen Steigen sämtlicher Bedarfsartikel. Ich habe dies bereits in der Kreisversammlung in Hamburg gesagt.

Man muß sich also die Frage vorlegen: Wohin geht der Weg? Die Kritik darf gewiß nicht unterbunden werden; aber die Kritik in Hamburg war unter aller Kritik. Und dieses Aufsehen gegen die leitenden Instanzen und folglich gegen den Verband kann nicht mehr so weitergehen. Deshalb wird im Interesse der Organisation der Forderung auf ein größeres Mitbestimmungsrecht doch wohl nachgegeben werden müssen. Durch die Gewährung eines größeren Mitbestimmungsrechts geht unser Tarif nicht in die Brüche, denn die Notwendigkeit einer tariflichen Vereinbarung ist in der großen Mehrheit der Gehilfen so fest eingewurzelt.

Neumünster i. S.

Mag. Datt.

## Die Presse über den neuen Tarif.

In der ausländischen Fachpresse ist bisher erst wenig über unsern Tarifabschluß zu lesen gewesen. Dieses Wenige sei im nachfolgenden registriert.

Der „Vorwärts“ in Wien brachte eine rein referierende Zusammenstellung der neuen tariflichen Vereinbarungen aus dem „Korr.“

Die „Helvetische Typographia“ nahm in die gleiche Nummer, in der der neue Redakteur sein Programm entwickelt und die Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zu der ausländischen Fachpresse als erstrebenswert bezeichnet, eine eingedante kleine Notiz auf, die ebenso ungenogen wie unbillig und unlogisch ist.

In der deutschen Zeilage „Gutenberg“ zum ungarischen Verbandsorgan ist allein erst ein ausführlicher, selbständiger Artikel erschienen. Wir entnehmen mit Folgendem daraus das Wichtigste: „Die Tatsache allein, daß es diesmal — ohne an den bedauerlichen Fall bei Scherz zu denken — gelang, die Beratungen überhaupt zum Abschlusse zu bringen, kann von dem Kenner der Verhältnisse nicht hoch genug veranschlagt werden. Man muß wissen, daß die Schanzmacher, deren Exponenten — der Verlagsbuchhandel und der Zeitungsverlag — im Tarifauschusse sich und Stimme hatten (das stimmt nicht, waren nur als Gäste anwesend. Red.), schon seit längerer Zeit sich alle erdenkliche Mühe gegeben haben, um eine neuerliche Verständ-

igung zwischen Prinzipalen und Gehilfen im Buchdruckgewerbe zu vereiteln. Wenn man weiter weiß, daß der „Gutenbergsbund“ dessen Vertreter als Gast den Tarifverhandlungen anwohnte, förmlich darauf lauerte, mit seinen arbeitswilligen Mitgliedern den braven Kämpfern in den Rücken fallen zu können, ja lassen sich die Schwierigkeiten erweisen, welche einer Ausgleichung der Gegensätze gegenüberstanden. Kann daher unter solchen Umständen auch nicht von einem vollen Erfolge gesprochen werden. So ist immerhin eine zehntündige Lohnerhöhung des Gehilfengeldes und eine elfprozentige des Berechnens ein Resultat, das bei den heutigen teuren Zeiten nicht unterzählt werden darf. Daß dies bloß erreicht werden konnte, weil man einestells auf eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit — es wurde eine halbe Stunde pro Woche erzielt —, andererseits aber nicht unwesentliche Zugeständnisse in bezug auf intensivere Ausnützung der Sehmashine machte — allgemeine Freigabe des Berechnens und Erhöhung des Buchstabenquantums —, das ist wohl nicht besonders erfreulich, aber ob diese Zugeständnisse gemacht werden mußten, und ob diese geeignet sind, im Deutschen Reiche nennenswerten Schaden anzurichten, das vermögen wir heute aus der Ferne noch nicht zu beurteilen. Jedenfalls haben die bewährten Vertreter unrer deutschen Kollegen in richtiger Erwägung aller in Betracht kommenden Momente gehandelt, und wenn Leipzig, das nebst Berlin an der Spitze der radikalsten Elemente marschiert, dem neuen Tarife bereits seine Zustimmung erteilte, so ist das ein Beleg dafür, daß die Gehilfenvertreter nur getan, was sie tun mußten und tun konnten, ohne vitale Allgemeininteressen preiszugeben.“ — Im Anschlusse hieran folgt dann ein Resümee des deutschen Korrespondenten und dann schreibt der „Gutenbergs“ abschließend über die Berliner Versammlung: „Der Tarif selbst haben auch die Kollegen Berlins nicht zurückgewiesen. Beweiz deshalb, weil sie ja hierzu nach dem Generalversammlungsbeschlusse in Hannover gar kein Recht gehabt hätten. Was aber die Verantwortung anbelangt, die liegt ja ohnehin ausschließlich auf den Schultern der Verbandsektion und auf jenen der Gehilfenvertreter des Tarifauschusses. Uns will es bedünken, daß die Kollegen Berlins bloß ihrer Unzufriedenheit in vorfichtiger Form Ausdruck geben wollten, und dies werden ihnen selbst die leitenden Personen im Gehilfenlager nicht übelnehmen.“

Die „Zeitschrift“ kommt in ihrer neuesten Nummer nochmals eingehend auf den Tarifabschluß zu sprechen, befaßt sich näher mit den eintretenden Belastungen des Lohnnetzes, zu welchem Zwecke sie auch die Nebenbestimmungen materiell umwertet, tröstet darüber mit den erlangten betriebstechnischen Vorteilen und ersucht schließlich, das unnütze Kritizieren und Lamentieren zu unterlassen. Die Stimmung in Prinzipalstreffen bedarf also augenscheinlich auch einer mit Nachdruck geübten Verurteilung. Die hauptsächlichsten Stellen lauten: „Die Verhandlungen der Arbeiter mehrmals auf des Lohnes Schmelde, ein Beweis, mit welcher Zähigkeit von beiden Parteien gekämpft wurde; aber sie sind schließlich doch zu einem guten Ende geführt worden, wenn man die Vermeidung eines schweren und kostspieligen Lohnkriegs als ein solches betrachten will. Allerdings gibt es — wie die Tatsachen beweisen — auch Kollegen, die die Erhaltung des Friedens um den Preis der gewährten Einwilligung nicht für ein gutes Ende halten und einen sogenannten feigen, feilschen Krieg vorgezogen hätten; aber die Zahl derjenigen, die sich diesen Ansichten geben, ist doch wohl gering, und diejenigen, die wirklich im Grund ihres Herzens dieser Meinung sind, können wohl kaum ernstlich in Betracht gezogen werden.“ — Das Prinzipalsorgan schließt dann mit folgendem Appell: „Wir möchten also nochmals aussprechen, nicht die Kritik ist jetzt das Mächtigste und auch nicht das Klagen über die neue Belastung, über ihre angebliche Undurchführbarkeit oder über ihre vermeintlich ruinierende Wirkung auf die kleineren Buchdruckereibetriebe. Mit dem Kritizieren und Lamentieren wird nichts erreicht. Das Buchdruckgewerbe hat sich bisher mit jeder Lohnarbeitsbelastung abfinden müssen, wofür ja auch spricht, daß die Zahl der Betriebe und ihre Vergrößerung noch nie durch Tarifrevisionen zu einem auch nur vorübergehenden Stoden gebracht worden ist; es wird sich also auch mit der jetzigen Tarifrevision zu stellen wissen. Das Mächtigste ist jetzt, auf den Zusammenschluß aller hinzuwirken und eine einmütige und allgemeine Durchführung des neuen Deutschen Buchdrucktarifs vorzubereiten. Darauf soll ein jeder seine Hoffnung setzen und dabei soll ein jeder mit Hand anlegen!“

„Presse, Buch, Papier“ (Berlin) sagt zu dem Ausgang der Berliner Versammlung nicht so unzutreffend: „Soweit sich dies Ergebnis der Versammlung aus dem Resolutionsbeurteil ins Deutliche übertragen läßt, heißt das ungefähr: Die Berliner Buchdruckgehilfen sind — bis auf die Maschinenfeger und gewisse Spezialmaschinen bedienende Maschinenmeister — mit dem neuen Tarife so ziemlich einverstanden. Die im Vereine der Berliner Buchdrucker und Schelfsticker stimmungsführenden Personen und Gruppen sehen jedoch nicht ein, weshalb sie von ihrer seit längerer Zeit befolgten Taktik abgehen und die von ihren Vertrauenspersonen zu leistende, diesmal gewiß außerordentlich schwere Arbeit anerkennen sollen.“

Die „Holzarbeiterzeitung“ betont in beachtenswerter Weise den Wert einer das ganze Reich umfassenden tariflichen Regelung. Da heißt es: „Bei der Betrachtung der Ertragssteigerungen in bezug auf Arbeitszeit und Lohn wird man leicht geneigt sein, die Erfolge als beschiden anzusehen, zumal im Hinblick darauf, daß wir bei den Tarifverhandlungen in der Holzindustrie oft nicht

unerheblich höhere Zugeständnisse erzielt haben. Eine solche Beurteilung wäre jedoch oberflächlich und deshalb ungerichtet. Bei den Buchdruckern wird das ganze Gewerbe von der tariflichen Regelung erfasst, während in den andern Berufen doch immer nur eine mehr oder weniger große Zahl von Orten unter tariflichen Bedingungen arbeitet und selbst in den tariflich geregelten Orten vielfach eine nicht unerhebliche Zahl von Arbeitern außerhalb des Tarifs steht. Dieses Moment ist sehr wichtig. Wenn auch wir danach streben, für die gesamte Holzindustrie Tarife abzuschließen, so müssen wir doch gestehen, daß wir von diesem Ziele noch recht weit entfernt sind. Die tariflich festgelegte Arbeitszeit der Holzarbeiter ist in einigen Orten kürzer als die der Buchdrucker, wenn man aber einen gerechten Vergleich ziehen will, dann darf man eben nicht nur die wenigen besser gestellten Orte, sondern man muß das ganze Gewerbe in Betracht ziehen. Diesen Gesichtspunkt muß man auch im Auge behalten, wenn wir die Tatsache betrachten, daß nur eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung erzielt wurde, während wir uns bei den Tarifverhandlungen in der Holzindustrie mit halben Stunden gar nicht mehr abgeben. Sehr wichtig für die Beurteilung des Ergebnisses ist auch der Umstand, daß wenn die Arbeitsbedingungen einen gewissen Stand erreicht haben, weitere Verbesserungen nur sehr schwer und nur in kleinem Umfange zu erzielen sind. Man darf also nicht nur fragen, um welchen Betrag der Lohn erhöht und die Arbeitszeit verkürzt ist, sondern man muß den Hauptnachdruck auf die nunmehr erreichte Arbeitszeit und Lohnhöhe legen, und wenn man das tut, dann darf man das Ergebnis der diesjährigen Revision des Buchdruckertarifs als befriedigend bezeichnen. Dieses Urteil kann mit um so leichterem Gewissen abgegeben werden, als der Erfolg erst in langen mühseligen Verhandlungen den widerstrebenden Unternehmern abgerungen wurde.

Im „Töpfer“ lesen wir: „Es ist als ein guter Erfolg zu buchen, wenn für die Angehörigen eines ganzen Gewerbes eine solche Lohnerhöhung durchgeführt werden kann. Daß die Arbeitszeit nur ganz minimal verkürzt werden konnte, ist allerdings wenig befriedigend. Wir verstehen aber die Haltung der Gewerkschaften, wenn sie es diesfalls nicht zum Bruche kommen ließen. Ein Kampf im Buchdruckgewerbe ist für beide Teile sehr gewagt und kann eine jahrzehntelange mühselige Arbeit, die bisher für beide Teile im ganzen recht ersprießlich gewirkt hat, mit einem Schlage zerstören. Hoffentlich erkennen auch die Gewerkschaften den Ernst der Situation und sehen dem im ganzen befriedigenden Abschlusse keine erhebliche Opposition entgegen.“

Das „Korrespondenzblatt“ der Tapezierer legt besonderen Nachdruck auf die unzureichende Verkürzung der Arbeitszeit. Es heißt in der neuesten Nummer u. a.: „Die materiellen Ergebnisse der Tarifverhandlungen werden wohl auch die Mitglieder des Buchdruckerverbandes befriedigen. 130 Mk. pro Jahr sind immerhin als Einkommenszulage nicht zu verachten. Auch die 3900 Maschinensteuer werden wohl darüber die Zulässigkeit des Berechnens im Wertmaßstab nicht allzu tragisch nehmen, schon um der übrigen 600000 willen. Ob freilich die halbständige Arbeitszeitverkürzung allseitig befriedigt, das kann wohl bezweifelt werden. Es mag richtig sein, daß die 10 Proz. Lohnzulage nur verlangt werden könnten im Hinblick auf die allgemeine Erzeugung und durch Vergleiche auf eine größere Arbeitszeitverkürzung. Für die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen ist es nicht erfreulich, daß die Buchdrucker da nicht weiter kommen, sondern an der 53 stündigen Arbeitszeit hängen geblieben sind.“ Wie der „Korr.“ ausführt, sei vor zwanzig Jahren, um die Verkürzung der Arbeitszeit zu erlangen, alles auf eine Karte gesetzt worden. Der Ausgang des damaligen Kampfes riet uns vorichtig zu sein, an lehrreichen Beispielen in andern Gewerben sollte es auch nicht. Es gebe überhaupt kein zweites Gewerbe, welches durchweg eine weniger als neunstündige Arbeitszeit hat. Wir geben nun zu, daß die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage gerade nicht dazu angetan ist, einen großen allgemeinen Ausbruch der Buchdrucker um die Verkürzung der Arbeitszeit als wünschenswert bezeichnen zu können. Inzess gewinnt man doch den Eindruck, als wenn gerade der Widerstand der Prinzipalvertreter gegen die weitere Verkürzung der Arbeitszeit im Buchdruckgewerbe daher kam, daß ein allgemeiner, ernsthafter Kampf darum von vornherein als ausgeschlossen galt! Sinnlos muß schließlich doch noch darum gekämpft werden auch bei den Buchdruckern. Wird alle fünf Jahre einmal nur eine Verkürzung um eine halbe Stunde erzielt, dann dauert es noch 50 Jahre, bis die Buchdrucker den Achtstundentag bekommen. Angesichts der Not der Zeit freilich ist es nur wünschenswert, daß die trostlosen Verhältnisse nicht noch verschärft werden durch einen Kampf, der nicht nur Tausende von Buchdruckern und Buchdruckerehilfsarbeitern, sondern auch andre Kreise in Mitleidenschaft ziehen würde. Der letztere Umstand wird und muß uns genügen, um einen feindseligen Ausgang der Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe mit Freude zu begrüßen. — Das Tapezierergewerbe wird von uns wegen seiner eignen Meinung geschätzt. Auch in diesem Fall, und wenn wir auch anderer Ansicht sind über die Arbeitszeitverkürzung. Materiell nicht über ihre Notwendigkeit, denn darüber besteht kein Streit. Aber es ist nicht richtig, daß nicht der nötige Nachdruck auf diese Forderung von unserer Seite während der Tarifverhandlungen gelegt worden ist. Es ist auch nicht richtig, daß wir Buchdrucker an der 53 stündigen Arbeitszeit pro Woche hängen bleiben. Der „Grundstein“ sagt ja auch, daß die Buchdrucker mit ihrer einheitlichen und einheitlich durchgeführten Arbeits-

zeit immer noch an der Spitze der deutschen Arbeiterschaft marschieren. Sinnlos braucht auch bei uns nicht ein entscheidender Kampf um die Arbeitszeitverkürzung zu kommen. Wir haben schon vor zwanzig Jahren einen Kriesenkampf darum geführt. Bis auf den heutigen Tag hat noch keine zweite Gewerkschaft in einer solchen Allgemeinheit für die Verringerung der Arbeitsstunden gekämpft wie wir vor zwanzig Jahren um den Neunstundentag. Und so schwierig auch für uns die Frage der Arbeitszeitverkürzung geworden ist durch die mächtige Entwicklung des Maschinenwesens im Buchdruckgewerbe — in England haben wir in diesem Jahre die gleich großen Schwierigkeiten gesehen —, wir werden trotzdem auf diesem Gebiete weiter vorwärts kommen, und zwar wenn nicht schneller so doch allgemeiner und daher in der Totalwirkung besser als in andern Berufen, die nicht mit solch erschwerenden Umständen wie wir zu rechnen haben.

Der „Grundstein“ schreibt nach einer Aufzählung der materiellen Bewilligungen: „Der Fortschritt in der Verkürzung der Arbeitszeit ist nicht erheblich. Die bisherige Arbeitszeit von 53 1/2 Stunden pro Woche wurde auf 53, also um eine halbe Stunde, verkürzt. Allerdings stehen die Buchdrucker damit noch immer an der Spitze der ganzen deutschen Arbeiterschaft.“ Zur Frage der Segmaschine äußert sich das Maurerorgan folgendermaßen: „... Der „Korr.“ für Deutschlands Buchdrucker“ sagt, daß ohne dies Zugeständnis eine friedliche Einigung nicht möglich gewesen wäre. Das klingt durchaus wahrhaftig. Es ist das natürliche Bestreben des Kapitalismus, die rentablere Maschinenarbeit möglichst weitgehend auszunutzen. Darum will er die Möglichkeit der Akkordarbeit, darum will er die Pflichtleistung erhöhen, darum will er auch die Arbeitszeit möglichst ausdehnen. Da auch in der Unternehmerorganisation des Buchdruckergewerbes das Großunternehmertum den Ton angibt, und dies das Hauptinteresse an der Segmaschine und ihrer möglichst weitgehenden Ausnutzung hat, so ist es sehr wohl denkbar, daß es den Widerstand der Gehilfen in dieser Frage als den Kriegsfall angesehen hätte. Man muß dem „Korr.“ zustimmen, wenn er sagt, daß die nicht ganz 4000 Maschinenbesitzer den übrigen 60000 Gehilfen dies Opfer hätten bringen müssen; sie hätten auch jetzt noch manchen Vorteil vor den Handgebern voraus.“ Und schließlich resümiert sich der „Grundstein“ dahin: „Abschließend wäre zu sagen: Die Erneuerung des Buchdruckertarifs bringt den etwa 65000 Buchdruckern eine Erhöhung des Wochenlohns von 2,50 bis 3 Mt.; sie bringt ihnen eine wenn auch geringfügige Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Akkordzulage und daneben eine weitere Maßnahme zum Schutze der Überflutung mit Gehilfen. Für diese Vorteile haben sie einige Zugeständnisse zahlen müssen, die offensichtlich nicht allzu bedeutend sind. Aber sie haben diese Vorteile ohne Schwermertung erzielt. Wir möchten für ungenügend die zu hohen Lohnverhöhungen im Jahre 1910 schwer kämpfen. Daran kann man den Abstand der sozialen Anschauungen der Bauunternehmer und der Buchdruckerprinzipale erkennen. In der Erneuerung des Buchdruckertarifs erblicken wir eine erneute Bewährung der Tarifsidee. Nichtsdestoweniger urteilt man in Gehilfenkreisen teilweise recht ungünstig über die Tariferneuerung, wobei man sogar so weit geht, die eignen Vertreter subjektiv scharf zu tabeln. Das ist eine durchaus beachtliche Erscheinung, die man nicht übersehen und unterschätzen darf und die ein andermal im Zusammenhange mit analogen Fällen in andern Gewerben gewürdigt werden mag. Aber diese Erscheinung kann unser Gewissenhaft abgewogenes Urteil nicht ändern, daß die Erneuerung des Buchdrucker-tarifs einen hochwertigen gewerkschaftlichen Erfolg darstellt.“

Die nationalsozialistische „Hilfe“ (Berlin) läßt sich kurz dahin vernehmen: „Der neue Buchdruckertarif ist nach vierzehntägigen Verhandlungen des Tarifausschusses glücklicherweise unter Dach und Fach gebracht worden. Alle Mitteilungen über den Gang der Beratungen stimmen darin überein, daß das Einigungswort schwierig war, ja gelegentlich zu scheitern drohte. Man hatte die zahlreichen Anträge, die teils eine materielle, teils eine ideelle Förderung der Gehilfen bezweckten, für die Beratung in Sachgruppen zusammengefaßt und, wenn die Spannung zwischen Forderungen und Bieten, zwischen Wünschen und Erfüllen gar zu groß wurde, noch besondere Einigungs-kommissionen eingesetzt, um zum wünschenswerten Ziele zu kommen. Das erfreuliche Endergebnis dieser schwierigen aber klugen Verhandlungsarbeit war ein neu auf fünf Jahre vereinbarter Buchdruckertarif, der den Gehilfen eine Lohnerhöhung von 10 Proz. und eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde bringt. Daneben wurden noch zahlreiche Spezialwünsche sowohl der Prinzipale als der Gehilfen erfüllt.“

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ legt sich verhältnismäßig noch Reserve auf bei Beurteilung der für besonders berückendenden Angelegenheit des Guttenberg-Bundes. Sie schreibt: „Es liegt in der Natur der Sache, daß bei einem solchen weltumfassenden Vertragswerke nicht alle Wünsche befriedigt werden können. So wird auch an den neuen Vereinbarungen materielle Erfolge haben und drillen noch scharfe Kritik gelbt werden. Was die organisatorische Seite der Frage anbetrifft, so ist die vom Guttenbergbund im Einklang mit der gesamten christlichen Arbeiterbewegung vertretene Forderung, daß der Guttenbergbund als gleichberechtigter Vertragskontrahent in die Tarifinstanzen einbezogen und der bisherige ungerechte Zustand, daß eine tariffreie Minderberufersorganisation ausgeschlossen ist, endlich beseitigt würde, nicht verwirklicht worden. Es ist nur ein Wunsch zustande-

gekommen, daß der Guttenbergbund im Tarifausschusse beratende Stimme erlitten und im Tarifamt in Fragen, die ihn berühren, gehört werden soll. Das ist zwar ein kleiner Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustande, mit dem sich die christliche Arbeiterbewegung jedoch nicht zufrieden geben kann. Sie legt gegen die Intoleranz des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes, der sich mit aller Macht gegen die Anerkennung der christlichen Buchdruckerorganisation gestemmt und unerklärlicherweise von Prinzipalseite nur schwachen Widerstand gefunden hat, mit aller Entschiedenheit Protest ein. Es handelt sich hier nicht um eine spezifische Berufsangelegenheit, sondern um eine Sache, die öffentliches Interesse beansprucht und von weittragender Bedeutung ist.“ — Also auch die „Westdeutsche“ bewertet im Gegenjage zum „Typograph“ den Ausfall für den Guttenbergbund als ganz unbedeutend.

Das in München erscheinende katholische Arbeiterverbandorgan „Der Arbeiter“ meint, die neuen tariflichen Bestimmungen wären zugunsten der großen Druckereien zugeschnitten, während die kleineren Prinzipale die Leidtragenden seien. Zur „Sache“ erklärt dieses Blatt: „Die Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes stellten sich auf den brutalen Machtpunkt und stemmten sich mit aller Macht dagegen, daß dem Guttenbergbunde sein Recht wurde. Leider setzte die Mehrheit der Prinzipalvertreter dem terroristischen Verhalten der sozialdemokratischen Verbände nur schwachen Widerstand entgegen, so daß die Verbände ihren Willen durchsetzen konnten. Es ist nur ein Wunsch zustande gekommen, daß der Guttenbergbund im Tarifausschusse beratende Stimme erhalten und im Tarifamt in Fragen, die ihn berühren, gehört werden soll. Das ist allerdings ein kleiner Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustande, aber kein solcher, daß sich die christliche Arbeiterbewegung damit zufrieden erklären könnte. Der unzulässige Zustand, daß eine tariffreie Minderberufersorganisation, die zur Durchführung des abgeschlossenen Vertrags große Opfer bringt, aus den maßgebenden Instanzen des Tarifs ausgeschlossen sein soll, muß einmal beseitigt werden, eher wird der Guttenbergbund, und hinter ihm steht die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung, nicht Loder lassen. Es handelt sich hier nicht um eine spezifische Berufsangelegenheit der Buchdrucker oder nur um eine Streitfrage zwischen sozialdemokratischem Verband und Guttenbergbund, sondern um eine weittragende Angelegenheit mit öffentlichem Interesse, an der die ganze Arbeiterbewegung wie die Öffentlichkeit interessiert sind. Wenn der sozialistische Buchdruckerverband auf seinem terroristischen Standpunkte dauernd weiter verharren sollte, muß er des schärfsten Kampfes von seiten der christlichen Arbeiterbewegung gewärtig sein. Nicht nur die christlichen Gewerkschaften, sondern auch unsere katholischen Arbeitervereine haben das größte Interesse daran; daß der Terrorismus des sozialistischen Buchdruckerverbandes gebrochen wird.“ — Wir sehen dem im Namen der Christlichkeit und „Verechtigtheit“ zu führenden Kriege gegen den Verband mit sehr großer Gelassenheit entgegen.

### Korrespondenzen.

**Wolfsda.** Monatsversammlung vom 14. Oktober.) Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Kollegen Künze über „Die Hygieneausstellung in Dresden“. In einhalbstündigen Ausführungen gab der Referent einen Einblick in die einzelnen Abteilungen der Ausstellung. Die Aufmerksamkeit der Kollegen und der reiche Beifall bewiesen, daß der Vortrag allgemeines Interesse gefunden. Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren interner Natur.

**x. Buchau a. F.** Zum ersten Male seit Bestehen der hiesigen kleinen Mitgliedschaft traf sich am 7. Oktober eine Anzahl überwachsender Kollegen von Wierach, Waldbes, Saulgau und Neiblingen im hiesigen Städtchen zu einer kollegialen Zusammenkunft, die sich entsprechend den Bemühungen der hiesigen Kollegen zu einer recht gemächlichen gestaltete. Nach dem gemeinsamen Mittagessen und nach Ankunft der Saulgauer Kollegen wurde nach dem Federsee promenierte. Von 3 Uhr ab fand nach Besichtigung einer lokalen Druckmaschinenausstellung und einer Zeitungslesung gemütliche Unterhaltung statt, in deren Verlauf gegenwärtige Begrüßungen gewechselt wurden und der Wunsch zum Ausdruck kam, daß solche schöne Zusammenkünfte von kleineren Mitgliedschaften hin und wieder veranstaltet werden mögen zur Hebung der Kollegialität.

**Freiburg i. Br.** Zahlreich waren diesmal die Kollegen dem Rufe des Vorstandes zur Bezirksversammlung gefolgt, etwa 300 waren anwesend. Das Hauptinteresse konzentrierte sich, wie nicht anders zu erwarten war, auf die Tarifverhandlungen und deren Ergebnisse. Bauvorsteher Fin den Laub berichtete in eingehender Weise über die Verhandlungen, zum Schluß die Erzeugnisse der Verhandlungen, die Beschlüsse der Erzeugnisse sowie auch die Beschlüsse der Verhandlungen. Die anschließende Diskussion lag sich drei Stunden hin und war durchweg eine sehr lebhaft. Alle Redner anerkannten, daß die Gehilfenvertreter sich große Mühe gegeben, um für die Kollegen so viel als möglich herauszufechten, ebenso wurde angegeben, daß sowohl die Handwerker wie auch die Maschinenmeister einen großen Teil der Wünsche erfüllt haben, wogegen leider auch mehrere ganz berechtigten Forderungen, wie eine wirkliche Verkürzung der Arbeitszeit, größere Einschränkung der Lehrlingskata usw., bedauerlicherweise unter den Tisch gefallen seien. Großen Widerspruch fanden dagegen die die Maschinenmeister betreffenden Abmachungen. Vor allem sei es die Verkänge-

zung der Arbeitszeit für die Zeitungsseher, auf welche nicht hätte eingegangen werden dürfen. Die Gestaltung des Berechnens werde zu vielen Unannehmlichkeiten führen und erst recht das Arbeitsleben in den Leistungen fördern, wodurch naturgemäß die Zahl der Arbeitslosen wieder vergrößert würde. Die Heraushebung des Leistungsminimums werde viele Kollegen in die Lage versetzen, nicht mehr mitkommen zu können. Die hohen Referatleistungen bei dem letzten Wettessen seien nur dadurch möglich geworden, daß die in Betracht kommenden Fabriken ihre allerbesten Seher zusammengetrommelt hätten, darunter sogar aus Rußland. Eine weitere Folge werde auch die Zunahme der Krankheiten unter den Maschinenseher sein, von denen jetzt schon, wie statistisch nachgewiesen, ein Drittel krank sei. Die Schuld an dem unbefriedigenden Ergebnisse der Tarifrevision liege allerdings auch bei den Kollegen selbst, weil sie sich zu wenig um ihre Interessen kümmerten; es sei bedauerlich, daß man sich zufrieden gebe, sobald ein paar Pfennige mehr Lohn erreicht seien und daß die ideellen Bestrebungen so wenig Beachtung fänden. Die gewährte Lohnerhöhung mache nicht einmal die eingetretene Teuerung wett. (Darüber besteht kein Zweifel, aber auch nicht darüber, daß die Möglichkeit eines vollen Ausgleichs weder in der Macht unseres Verbandes, noch in derjenigen anderer Gewerkschaftsorganisationen liegt. Das sollten sich doch alle Kollegen zu Gemüte führen. Red.) Einige Bemerkungen im „Korr.“ wurden zum Gegenstande der Polemik gemacht und zurückgewiesen. Schließlich verzichtete sich das Ergebnis der Diskussion zu nachfolgender Resolution, welche bei ziemlich gelichteter Versammlung angenommen wurde: „Die heutige Versammlung des Bezirks Freiburg i. Br. erkennt die Schwierigkeiten bei der diesmaligen Tarifrevision an, spricht aber über den Abschluß derselben, die eine enorme Verschlechterung der bestehenden ideellen Gewerkschaftsbestrebungen bedeutet, ihr tiefstes Bedauern aus. Insbesondere ist die Verschlechterung der Verhältnisse an der Sechsmaschine, die Preisgabe des Ziegels im Maschinenbau, die Verkürzung der Arbeitszeit, ausschließlich der Maschinenseher, um eine halbe Stunde pro Woche, ein Rückschritt im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung. Die Lohnzulage um 10 Proz., die nur rechtlich den bis zu 3 Mk. über das Minimum entlohten Gehilfen zusteht, läßt der Entlohnung willkürliche Handhabung voraussetzen. Diese Beschlüsse liegen nicht im Interesse der Würde und des Ansehens unserer Organisation und hätten seitens der Gehilfenvertreter nicht akzeptiert werden sollen.“ Kollege Lindenlaub unternahm es im Schlußworte, die einzelnen Vorwürfe zu entkräften und betonte besonders, daß man beim Betrachten des Ergebnisses der Verhandlungen auch erwägen müsse, ob ein Kampf und eine tariflose Zeit nicht größere Nachteile im Gefolge haben würde. Aber den Tarifgeboten habe glücklicherweise das Gros der Kollegen andrer Gedanken, als wie verschiedentlich zum Ausdruck gekommen sei. Wenn man bedenke, daß, wo zwei Kontrahenten seien, auch Konzessionen gemacht werden müßten, so könne man mit dem Erreichten zufrieden sein. Mit dem Appelle, sich mit dem Erreichten abzufinden und in der kommenden Zeit für die gewerkschaftliche Schulung der Kollegen zu sorgen, welche wir brauchen, um gegen alle Fährnisse gewappnet zu sein, schloß Redner seine Ausführungen.

**M. Görlitz.** In einer außerordentlichen Versammlung am 16. Oktober erstattete Gausvorsteher Fiedler Bericht über den Verlauf unserer Tarifverhandlungen in Berlin. Redner schilderte in einem etwa zweieinhalbstündigen Vortrage dasjenige, was in den dreizehn Tagen anstrengender Beratung für das Allgemeinwohl der Gehilfen erreicht werden konnte; andererseits aber auch die oftmals sehr ernste Situation und die Hartnäckigkeit beider Parteien, mit der sie ihre Anträge resp. ihre Begründungen verfolgten. Reicher Beifall lohnte dem Referenten. Die nun folgende Diskussion ergab eine fast völlig objektive Würdigung des Erreichten. Nur von Seiten der Maschinenseher wurde über die halbständige Arbeitszeitverlängerung im Zeitungsbetrieb und über die erhöhte Stundenleistung an den verschiedenen Maschinensystemen Klage geführt. Auch die Korrekturen rühmten sich, mit ihren Anträgen kein Glück gehabt zu haben. Die Lohnzulage wurde im Verhältnis zur herrschenden Teuerung sowie zum fortwährenden Steigen der Steuerfraude nur als etwa normal, das Gesamtresultat immerhin als ein befriedigendes bezeichnet. Der Referent gab in seinem Schlußworte auf alle in der Diskussion zur Sprache gekommenen Anlaufbedenken die nötige Auskunft sowie nochmals Begründungen dafür, weshalb dies oder jenes nicht erreicht werden konnte. Der Vorsitzende hielt sich für jede einzelnen der stark besuchten Versammlung, in treuer Arbeit und kollegialer Zusammenwirken seinen Mann zu stellen, dann drückte auch die Einführung des neuen Tarifs keine Schwierigkeiten machen.

**Landsberg a. Lesch.** Die am 18. Oktober abgehaltene Versammlung, die von allen Kollegen besucht war, nahm den Bericht des Delegierten zur Kreisversammlung, Kollegen Wunn, entgegen. In längeren Ausführungen gab er ein klares Bild über den Verlauf der Verhandlung und besprach eingehend das Ergebnis der Tarifverhandlungen. Die Diskussion war eine rege und kam die diesige Mitgliedschaft zu folgender Resolution: „Die tariftreuen Gehilfen von Landsberg a. Lesch sind nach Anhörung des Berichts über die am 15. Oktober im „Münchener Rundschauer“ abgegebene Verichterstattung unseres Gehilfenvertreter Seig der Überzeugung, daß die Gehilfenvertreter bei den Tarifberatungen voll und ganz die Interessen der Buchdruckergehilfen vertreten haben, jedoch in

Unbetracht der schwierigen Situation innerhalb unseres Gewerbes nicht alle berechtigten Forderungen letzterer durchdrücken konnten. Sie sprechen den Gehilfenvertretern, insbesondere dem des Kreises V, ihren Dank und ihr ferneres Vertrauen aus.“ Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt worden waren, wurde die Versammlung geschlossen.

**Magdeburg.** Ungefähr 750 Kollegen hatten sich in der am 17. Oktober im „Ballhaus“-Theaterhalle stattgehabten Bezirksversammlung (die ursprünglich eine Ortsvereinsversammlung sein sollte, umständlicher aber in letzter Stunde umgewandelt werden mußte. D. W.) eingefunden, um den Bericht unseres Gausvorstehers und Gehilfenvertreter Hugo König (Galle) über die diesmaligen Tarifverhandlungen entgegenzunehmen. Um 8 1/2 Uhr eröffnete der Bezirksleiter Demuth die Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken des verstorbenen Kollegen Walter Falde. Nach Feststellung der Präsenz und Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten gab Kollege König den Anwesenden in einem zweistündigen Referat ein Bild von dem Verlauf und dem Ergebnisse der Tarifverhandlungen. Wenn auch die Kollegen sich schon aus dem Beschlußprotokolle von den Änderungen des Tarifs unterrichten konnten, so wirkte doch das gesprochene Wort ersichtlich auf die Zuhörer. Der Referent führte aus, wenn es zwar nicht möglich gewesen sei, sämtliche von der Gehilfenschaft gestellten und von den Gehilfenvertretern mit Konsequenz verfolgten Anträge zur Annahme zu bringen, so müsse andererseits beachtet werden, daß die diesmaligen Verhandlungen mit einer materiellen Besserstellung abgeschlossen hätten, die wesentlich dazu beitragen werde, die durch eine einseitige Regierungs- und Interessenpolitik immer schwieriger werdende Lebenslage wieder auf ein etwas höheres Niveau zu stellen. Allerdings habe man sich auch zu Konzessionen bequemen müssen. Es müsse aber hierbei berücksichtigt werden, daß jede Tarifgemeinschaft auf Kompromissen beruhe, und daß in Berlin zwei Parteien mit diametral gegenüberstehenden Ansichten verhandelt haben. Er bitte, den neuen Tarif unter diesen Gesichtspunkten zu beurteilen. Die Versammlung nahm das klare, in allen seinen Sätzen logisch aufgebaute Referat mit reichem Beifall auf. Die kurze Diskussion zeitigte die Ansicht, daß der neue Tarif zwar nicht in allen seinen Teilen befriedige, und daß man von der Prinzipalität ein etwas größeres Entgegenkommen erwartet habe. Im Prinzip könne man sich aber mit den neuen Bestimmungen abfinden. Nach einem kurzen Schlußworte des Kollegen König, die Positionen des Tarifs auszunutzen und dafür zu sorgen, daß der Tarif überall eingeführt werde, schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband.

**Offenbach a. M.** Am 16. Oktober tagte im „Mehringischen Hof“ eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung der tarifreuen Gehilfen des Bezirks Offenbach, in welcher der Bericht des Gehilfenvertreter des Kreises III, Kollegen Porten (Frankfurt a. M.), über die Berliner Tarifverhandlungen entgegengenommen wurde. An den mit großer Aufmerksamkeit verfolgten eineinhalbstündigen Vortrag knüpfte sich eine ziemlich lebhaft Diskussions, in der das Für und Wider der diesmaligen Tarifabmachungen reichlich erörtert wurde und deren Fazit die Annahme folgender Resolution gegen 14 Stimmen bildete: „Die am 16. Oktober im „Mehringischen Hof“ tagende öffentliche Buchdrucker-Versammlung erklärt nach einem instruktiven Referate des Gehilfenvertreter, Kollegen Porten (Frankfurt a. M.): 1. daß sie mit dem Resultate der Tarifberatungen lediglich in Unbetracht der außerordentlichen Schwierigkeiten sich einverstanden erklärt; 2. bedauert dieselbe; daß in der Frage der Arbeitszeitverkürzung kein wesentlicher Fortschritt erzielt wurde; 3. bedauert dieselbe, daß die materielle Besserstellung der Gehilfenschaft nur durch wesentliche Konzessionen auf dem Gebiete des Maschinenlages erreicht werden konnte; 4. erwartet dieselbe am 1. Januar 1912 eine glatte Einführung des neuen Tarifs, wie dieselbe den Tarifabmachungen nur beifolgt in der Erwartung, daß auch den mit mehr als 3 Mk. über Minimum entlohten Gehilfen entsprechende Zulagen gemacht werden; 5. spricht dieselbe den gegenseitigen Unterhändlern die Anerkennung für die verantwortungsvolle Mission aus.“

**Parichim i. M.** Den verheirateten Kollegen bei der Firma S. Freise („Parichimer Zeitung“) wurde am letzten Abende die freundige Mitteilung, daß sie sich schon jetzt der 10 Proz. Lohnzulage erfreuen sollten; natürlich müßten sie die Zulage als Teuerungszulage bis zur Einführung des neuen Tarifs ansehen.

**Pfungstadt-Geschaft.** Die am 8. Oktober stattgehabte Gründungsfeier des hiesigen Ortsvereins, welche in Pfungstadt abgehalten wurde, war von Seiten der Darmstädter Kollegschaft sehr schlecht besucht. Außer dem Bezirksvorsitzenden und dem Kassierer war nur ein Kollege von Darmstadt erschienen, obwohl durch Zirkular und Presse eingeladen war. Die geringe Beteiligung konnte indes keine Mißstimmung unter den Oberstädter und Pfungstädter Kollegen hervorrufen, zumal unter den schönsten Weisen der Musik bis Mitternacht dem Tanz und der Geselligkeit gegolten wurde. Zur Laune des Nachmittags lief von benachbarten Ortsvereine Wessheim-Gespenheim ein Glückwunschtelegramm ein, dafür sei an dieser Stelle nochmals gedankt. Die vom Bezirksvorsitzenden übernommene Festeide fiel aus wegen des allgütigen Besuchs. Vielleicht wird sie in der nächsten Bezirksversammlung gehalten werden.

**Schwerin i. M.** Die am 16. Oktober stattgehabte Versammlung des Ortsvereins „Typographia“ beschäftigte sich eingehend mit dem Ergebnisse der Tarif-

verhandlungen. Trotz der wichtigen Tagesordnung hatte es doch ein großer Teil der Mitglieder, besonders die alten, nicht für nötig erachtet, der Versammlung beizuwohnen. Nach eingehender Berichterstattung des Gausvorstehers D. H. und sowie des Ortsvorstehers Bartels entspann sich eine lebhaft Debatte, nach deren Verlauf die Versammlung nachstehender Resolution zustimmte: „Die am 16. Oktober stattgehabte Versammlung des Ortsvereins „Typographia“ Schwerin i. M. erklärt nach ausgiebiger Debatte ihr Einverständnis mit dem Ergebnisse der diesmaligen Tarifverhandlungen, bedauert jedoch die Verschlechterungen, welche hauptsächlich den Maschinensehern auferlegt sind, und deren Rückwirkung auf die Allgemeinheit. Den Gehilfenvertretern wird die volle Anerkennung für die mühselige Arbeit ausgesprochen.“ — Verspätet sei noch erwähnt, daß der Kollege Zant (Sandmeyerische Hofbuchdruckerei) am 1. Oktober sein 50-jähriges Berufsjubiläum feierte.

**Stadial.** Nach mannigfachen Bemühungen ist es endlich gelungen, auch hier die Drucker zu einem Maschinenmeisterverein zusammenzuschließen. Am 16. Oktober wurde die Vereinigung gegründet, und es meldeten sich sofort sämtliche am Orte befindliche Drucker bis auf einen zum Beitritte. Daß ein Bedürfnis zur Gründung vorlag, bewies die erste Versammlung bereits, indem sofort die verschiedensten technischen Fragen angeschnitten wurden und ein lebhafter gegenseitiger Meinungsaustausch stattfand. Möge auch in Zukunft das Interesse sich so lebhaft betätigen wie jetzt im Anfange, dann kann es am Gebeihen nicht fehlen. Der Verein zählt jetzt 13 Mitglieder. Zum Obmann wurde Kollege Fiedler gewählt.

**Sz. Tisitz.** Am 16. Oktober fand eine Versammlung unseres Ortsvereins statt, welche sich in der Hauptsache mit dem neuen Tarife beschäftigte. Der Vorsitzende Schlag entwarf zunächst ein Bild über den Werdegang unserer Organisation und kam zu dem Schluß, daß wir mit dem bei der Tarifrevision Erreichten zufrieden sein können. Außer den Maschinensehern erklärten sich die Anwesenden mit dem Tarif auch einverstanden, und wurde zum Schluß mit allen gegen eine Stimme (Maschinenseher) folgende Resolution angenommen: „Die heute, am 16. Oktober, stattfindende Versammlung des Ortsvereins Tisitz im Verbands der Deutschen Buchdrucker spricht ihre Zufriedenheit mit dem bei der Revision des Tarifs Erreichten aus, wünschend auch so mancher Wunsch der Gehilfenschaft zur Verbesserung ihrer Lage keine Annahme fand, und dankt ihren Vertretern im Tarifausschusse für ihre mühselige und aufreibende Arbeit während der vierzehntägigen Verhandlungen.“

**Bezirk Waidenburg i. Schl.** Die diesjährige Herbstbezirksversammlung fand am 15. Oktober in Oberlangenbielau statt und war von 189 Kollegen besucht. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Bezirksvorsitzenden Kischel erregte der Arbeitergesangverein Langenbielau die Anwesenden durch den Vortrag zweier Lieder. Das Andenken der verstorbenen Kollegen Hauptverpflichtet Thoff Weyer und des Sebers Max Köchel wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Der Entwurf der Satzungen der Bezirkskasse wurde beraten und angenommen. Gausvorsteher Fiedler erstattete sodann in eineinhalbstündigen Ausführungen Bericht von den Tarifverhandlungen in Berlin und schilderte die gegenwärtige Lage unseres Gewerbes in allen Einzelheiten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute in Oberlangenbielau des Bezirks Waidenburg i. Schl. erklärt sich nach Anhörung des Referats über die Tarifverhandlungen von 1911 mit den getroffenen Abmachungen einverstanden, spricht den Gehilfenvertretern für die geleistete Arbeit den Dank aus und hofft, daß in Zukunft Vorkommnisse, die dazu angetan sind, den Schmarhamern Wasser auf ihre Mühlen zu geben, vermieden werden, damit es den Gehilfenvertretern bei der nächsten Tarifberatung möglichst ist, mit Energie an die Verkürzung der Arbeitszeit heranzutreten.“ Die Beschlußfassung über Anschaffung von Beitragsquittungsarten seitens des Bezirks wurde vertagt, um die Stellungnahme des nächsten Gautags in dieser Sache abzuwarten. Als Ort der nächsten Frühjahrbezirksversammlung wurde Gottesberg gewählt. Der Bezirksvorsitzende gab zum Schluß den Wunsch „Ausdruck“, daß der neue Tarif glatt zur Einführung kommen möge und schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband.

## Rundschau.

Buchdrucker-Tarif und städtische Lieferungen. Der Stuttgarter Gemeinderat hat beschlossen, in die Lieferungsbedingungen für die dortigen Volkshäuser folgenden Satz einzufügen: „Der Gemeinderat behält sich vor, bei der Lieferungsvergebung solche Buchdruckereibesitzer, die die höchsten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Buchdruckgewerbe für Stuttgart bestehenden Tarifverträge nicht einhalten, vorweg auszuschließen.“ Eine ähnliche Bestimmung wurde zum Kampfe gegen die Schmutz- und Schundliteratur in die gleichen Lieferungsbedingungen aufgenommen. Dieser Beschluß ist sehr erfreulich und kann den Stadt- und Gemeindeverwaltungen allgemein als Vorbild empfohlen werden.

Die alten Frachtbriefmuster nach der Eisenbahnverkehrsordnung vom 26. Oktober 1899 dürfen nach Ablauf dieses Jahres nicht mehr verwendet werden; die Güterannahmestellen werden sie zurückweisen. Es kommen dann nur noch die neuen, seit dem 1. April 1909 eingeführten Muster in Betracht. Wegen der vielen Unzulänglichkeiten, die aus dem beliebigen Gebrauch beider, (Fortsetzung in der Beilage.)

# Beilage zum Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig, das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 24. Oktober 1911.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 122.

### (Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

in wichtigen Punkten voneinander abweichenden Mustern bisher entstanden sind, wurde eine Verlängerung der Aufbrauchfrist von der zuständigen Zentralstelle der deutschen Eisenbahnerverwaltungen entschieden abgelehnt. Die Frachtbriefverbraucher sind daher darüber aufzuklären, daß sie sich rechtzeitig mit den neuen Formularen versehen.

Die Lösung von Lehrverträgen ist nur nach folgenden reichsgesetzlichen Bestimmungen zulässig: Bei gewerblichen Lehrlingen kann, wenn eine längere Probezeit nicht vereinbart ist, das Lehrverhältnis während der ersten vier Wochen nach Beginn der Lehrzeit durch einseitigen Rücktritt aufgelöst werden. Bei Handlungslehrlingen beträgt diese Frist einen Monat. Das Rücktrittsrecht während der genannten Zeiten kann durch einen Vertrag nicht beschränkt oder beseitigt werden. Nach Ablauf der Probezeit kann das Lehrverhältnis gelöst werden, wenn von dem gesetzlichen Vertreter (Vater, Vormund) oder, sofern der Lehrling volljährig ist, von diesem selbst dem Lehrherrn die schriftliche Erklärung abgegeben wird, daß der Lehrling zu einem andern Gewerbe oder andern Beruf übergehen werde. In einem solchen Falle gilt das Lehrverhältnis, wenn der Lehrling nicht früher entlassen wird, nach Ablauf von vier Wochen — bei Handlungslehrlingen nach Ablauf eines Monats — als aufgelöst. Vor Ablauf von neun Monaten nach Aufhebung des Lehrverhältnisses aus dem eben angegebenen Grunde darf der Lehrling in demselben Gewerbe — bei Handlungslehrlingen in einem andern Gewerbe — weder als Lehrling noch als Arbeiter beschäftigt werden. Ferner kann das Lehrverhältnis aus einem sogenannten wichtigen Grunde gelöst werden. Als wichtige Gründe sind z. B. anzusehen: Mißhandlungen (bei Handlungslehrlingen jede Kälte), Nichtzahlung des Lohnes, Nichtgewährung des etwa vereinbarten Unterhalts, unzeitige Zumutungen, ungenügende Ausbildung. Trifft den Lehrherrn ein Verschulden an der vorzeitigen Lösung des Lehrvertrags, so ist er schadenersatzpflichtig.

Die Hilfsarbeiter und der Kampf im Stein-druckgewerbe. Da der Schutzverband deutscher Stein-druckereibesitzer alle Mittel in Anwendung bringt, der Öffentlichkeit angelegliche Rechts- und Vertragsverletzungen der Hilfsarbeiter bei ihrer Haltung im gegenwärtigen Lohnkampfe der Lithographen und Stein-drucker vorzutäuschen, so nimmt das Verbandsorgan der Hilfsarbeiter, die „Solidarität“, in ihrer letzten Nummer diese Mißhandlungen beim Schopf und stellt den wahren Sachverhalt fest. Es heißt da: „Wir stellen vor allen Dingen fest, daß die Hilfsarbeiter schon deswegen sich nicht über Schiedsgerichts- und Tarifamtsurteile hinwegsetzen konnten, weil solche Urteile gegen das Hilfspersonal weder erfreit wurden, noch ergangen sind. Die Urteile der beiden Instanzen sind auf Grund einer Klage gefällt worden, die sich gegen Unternehmer richtete, die Massen-kündigungen ausgesprochen haben. Diese Klagen wurden abgewiesen, was unsre Kollegenschaft doch zu gar nichts verpflichtete! Wie kann man da noch davon sprechen, daß die Hilfsarbeiter den Spruch ihrer Tarifinstanzen nicht achteten? Hier gab es einfach nichts zu achten, weil in den Urteilen niemand zu irgendwelcher Handlung verpflichtet wurde. Als die Hilfsarbeiter dann daselbst taten, wozu die Unternehmer nach den Urteilen tariflich berechtigt sein sollen — dann ging das Geschrei über deren „beispielloses“ Vorgehen los. Ja, so muß man fragen, warum lassen denn diese libertarischen Stein-druckereibesitzer nicht auch in diesem Falle die Tarifinstanzen sprechen? Ungenommen, alles, was die Hilfsarbeiter in der ganzen Angelegenheit getan haben, wäre wirklich tarifwidrig, wie das einseitige Aufheben des Tarifvertrags, die erfolgten Massenkündigungen, das Einreichen von Forderungen und die Belagerung der Hilfsarbeiterbesitzer, im Tarifschiedsgericht mitzuwirken, warum hat man sich nicht ebenfalls wegen all dieser Delikte an das Tarifamt gewendet, an das selbe Tarifamt, das kurz vorher zugunsten der Unternehmer entschieden hat? Wir wollen es hier klar und deutlich aussprechen, weil die Unternehmer bestreben, daß man für das Vorgehen der Hilfsarbeiter im Tarifamtsverständnis gelte und, und vor diesem Forum der engstirnigen Unternehmerstandpunkt nicht allzusehr gelobt werden dürfte. Das sind die Gründe, warum die Leipziger Schutzverbände den Tarifinstanzen gefälligst aus dem Wege gehen und sich ihr vermeintliches Recht lieber vom Landgerichte aussprechen lassen wollen.“ — Zur Bewegung selbst teilt dann die „Solidarität“ noch mit, daß in Hamburg und Hannover die Prinzipalität sich ihrer tariflichen Verpflichtungen bewußt gelieben ist und keinerlei Massen-kündigungen von Hilfsarbeitern vorgenommen hat. Infolgedessen haben sich die Hilfsarbeiter dieser beiden Städte ebenfalls auf den tariflich gebotenen Neutralitätsstandpunkt gestellt.

Technischer Fortschritt und Gewerkschaften fanden in einer der letzten Nummern der „Sozialen

Praxis“ folgende Erörterung ihrer gegenseitigen Beziehungen: „Von den deutschen Gewerkschaften, die volkswirtschaftlich etwas besser als die meisten ausländischen Arbeiterverbände aufgelöst sind, ist es bekannt, daß sie sich nicht grundsätzlich gegen die Einführung neuer Maschinen sträuben, sondern sich nur dagegen wehren, daß durch deren Aufstellung Lohn und Lebenshaltung der Arbeiter herabgedrückt werde; es sollen mindestens die vorhandenen gelernten Arbeitskräfte bei der Besetzung der neuen Maschinenposten und der Verdienstmessung schonend berücksichtigt werden. Bemerkenswert aber ist es, daß in diesem Sommer ein ganzer internationaler Gewerkschaftskongress, der der Textilarbeiter zu Roubaix (Juni 1911), nach gebührender Aussprache einstimmig eine von französischen Gewerkschaften ausgehende Erklärung angenommen hat, worin der Kongress den Widerstand gegen die Einführung verbesserter Maschinen als eine Aufsehung gegen den Fortschritt und gegen das Ziel bezeichnet, das bisher die Gewerkschaften im Auge gehalten haben.“ Damit ist in knappen Worten auch der Standpunkt der deutschen Gewerkschaften zur Maschinenfrage ausgedrückt. Wir wollen, daß die Maschinen, die in Wirklichkeit nichts anderes sind als Produkte des allgemeinen technischen Fortschritts, in ihren Vorteilen nicht nur einseitig den Unternehmern allein zugute kommen, sondern auch den Arbeitern und der Allgemeinheit.

Der Verband der rheinisch-westfälischen Presse hielt vor einigen Tagen in Köln seinen achten Verbandstag ab. Der erstattete Jahresbericht konstatierte mit Befriedigung, daß im abgelaufenen Jahre für den journalistischen Beruf eine günstige Entwicklung zu verzeichnen gewesen sei. Der Bericht behandelte die Unterstüßungseinstellungen des Verbandes, die immer weiter ausgebaut werden sollen, das Privatbeamtenversicherungs-gesetz, die Stellenvermittlung des Verbandes, das Kapitel der Nachdruckprozesse, die Frage der Verichterstattung über Gerichtsverhandlungen und Verbrechen, Vorbildung der Journalisten usw. Einen breiten Raum nahm die Frage der sensationellen Verichterstattung über sogenannte Skandalprozesse ein. In dieser Beziehung wurde betont, daß die anständige Presse auch ohne diese Sensationsberichterstattung bestehen könne. Ein „Sauptfehler“, dem namentlich in Berlin schroff zugute trete, sei das Monopol der Verichterstattung. Hier sollten Verleger und Journalistenorganisationen Hand in Hand arbeiten, um dieses Übel zu beschneiden. Die Justizverwaltung sei gern bereit, über positive Vorschläge der bestehenden Presseorganisationen in dieser Beziehung zu verhandeln. Eine angenommene Resolution in dieser Beziehung besagt: Die Mittel und Wege zur Unterdrückung der Sensationsberichte müssen im Zusammenwirken der verschiedenen Organisationen der Verleger wie der Redakteure mit der Justizbehörde gesucht und gefunden werden. Eine weitere Entscheidung befaßte sich mit den Polemiken zwischen politischen Gegnern. Hierin wurde ausgesprochen, daß namentlich im Hinblick auf die kommenden politischen Ereignisse die Gegner im journalistischen Kampf Ausdrücke, die dem guten Umgangstone widersprechen, vermeiden sollten, so daß das Zusammenwirken in der gemeinsamen Berufsorganisation keinen Schaden erleide.

Streikflugblätter und Pressegesetz. Nach einem Urteile des Hanseatischen Oberlandesgerichts wurde bezüglich der Flugblätter, die in einem Lohnkampfe zur Verteilung gelangen, ausdrücklich festgestellt, daß solche Publikationen unter die Bestimmungen des § 6 des Gesetzes über die Presse fallen und zwar ohne Einfluß einer Ausnahmebestimmung. Sie sind also stets mit Name und Druckort des Druckers wie des Verfassers zu versehen.

Schadenersatz wegen Tarifbruch forderte eine Holzfabrik von dem christlichen Holzarbeiterverbande, weil dessen Mitglieder innerhalb der Tarifvertragsdauer in Streik traten und von ihrer Organisation davon nicht abgehalten wurden, während bemerkenswerterweise die kirchlich-dunklerische Organisation den Streik nicht als berechtigt anerkannte. Das Kölner Landgericht wies jedoch die Klage ab, weil in dem Vertrage keine bezügliche Haftverpflichtung ausgesprochen sei. Auch das Oberlandesgericht erkannte keinen Rechtsanspruch der klägerischen Firma an; aber dies geschah aus andern Gründen. Für diese Instanz war nur der laufend maßgebend, daß der Verband kein rechtsfähiger Verein sei und eine Haftung nach § 830 des bürgerlichen Gesetzbuchs infolgedessen ausgeschlossen sei. Die gegen diese Entscheidung eingelegte Revision vor dem Reichsgerichte wurde ebenfalls zurückgewiesen.

Für energische Fortführung der Sozialpolitik trat auf dem zweiten internationalen Kongresse für Sozialversicherung, der im September d. J. in Dresden abgehalten wurde, der ehemalige Staatssekretär des Innern, Graf Pöschdomy, ein. Er forderte sie darum, weil unsre wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem einzelnen mit solcher Last wuchsen, daß dieser außerstande sei, sich selbst zu

helfen. Die starke Hand des Staates müsse eingreifen, die Übelstände zu beseitigen, gegen die der einzelne machtlos ist. Es liege in der Natur des Menschen, daß jeder bestrebt sei, seine äußere Lage zu verbessern. Es sei die gute Seite dieser Bestrebungen, daß dadurch der wirtschaftliche und technische Fortschritt gehoben wird und zugleich auch, wenn auch nicht immer gleichzeitig, der sittliche. Und wo nur immer Individuen sich zu gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen vereinen, da entstehen Klassenkämpfe und Klassengegensätze. Diese wirtschaftlichen Kämpfe haben aber auch Schäden zur Folge. Kein Staat, keine Gemeinde könne eine gesunde Sozialpolitik treiben, die nicht auf gesunder wirtschaftlicher Grundlage beruht und sich auf wirtschaftlich aufsteigender Linie befindet. Er hoffe von der Fortführung einer besonnenen Sozialpolitik, daß einigermassen die Gegensätze ausgeglichen und Zustände herbeigeführt werden, unter denen wirtschaftliche Kämpfe nicht stets zu neuen Schäden führen.

Befürchtliche Hausbriefkasten haben keinen rechtlichen Wert. So entschied das Reichsgericht durch folgenden Spruch: Die Einlegung eines Schriftstücks in einen für amtliche Briefschaften bestimmten, am oder im Amtsgebäude oder dessen Nähe befindlichen Briefkasten bildet nicht den Rechtsakt der Einreichung bei der Behörde. Zur letzteren gehört, daß das zureichende Schriftstück in den Besitz des betreffenden zuständigen Beamten gelangt. Die Zeit, wo dies geschieht, ist maßgebend für die Frage der Wahrung der Frist, die durch die Einreichung bedingt ist. Die Partei, die den Briefkasten der Behörde benutzte, tut dies auf eigene Gefahr. Auch in jenen Fällen, in denen der vor Ablauf der Frist in den Briefkasten gelegte Schriftsatz verspätet in die Hände des zuständigen Beamten gelangt, obschon nach dem ordnungsmäßigen Geschäftsgang angenommen werden konnte, daß dies rechtzeitig erfolgen würde, kann die Frist nicht als gewahrt gelten.

Ein Junggefallensteuer beschloß der Steuergefeß-ausschuß des Landtags von Neuch ältere Linie nach folgender Bestimmung einzuführen: Von unverheirateten Steuerpflichtigen über 25 Jahre und verheiratet gemessenen Steuerpflichtigen ohne Kinder wird ein Steuerzuschlag erhoben, welcher beträgt in den Einkommensteuerebenen von mehr als 3000—6000 Mk. 5 Proz., in den Steuerebenen von über 6000 Mk. 10 Proz. der zu entrichtenden Steuer.

Opfer der Arbeit. Durch eine Schlagwetterexplosion sind in einem Kohlenstache bei St. Etienne (Frankreich) 39 Bergleute umgekommen.

Der deutsche Reichstag kann in seiner diesmaligen herbstlichen Tagung seines Lebens nicht mehr recht froh werden. Es ragen sich die Sünden dieser Legislaturperiode in den Folgen verschiedener verpfuschter Gesetze noch zu Lebzeiten ihres Erzeugers. So auch die des Reichsvereinsgesetzes, worüber das Parlament schon am zweiten Tage seines Wiederzusammentritts hochgehende Debatten pflegte. Dazu verhalf eine Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion, durch die der Reichskanzler befragt wurde, ob ihm bekannt sei, daß eine Reihe von Behörden grobe Verstöße gegen den klaren Wortlaut des Vereinsgesetzes begangen habe, und was er zu tun gedente, um dem Gesetze bei den Behörden Geltung zu verschaffen. Diese Frage wurde damit seit Inkrafttreten des Vereinsgesetzes schon zum drittenmal an den Reichskanzler gerichtet, was schon von vornherein darauf schließen läßt, daß es ihm entweder nicht besonders darum zu tun ist, diesem Reichsgesetze Geltung zu verschaffen, oder daß ihm die Macht dazu fehlt, weil einer oder der andre der preussischen Landräte in solchen Dingen mehr zu sagen hat als des Deutschen Reiches Kanzler. Es würde zu weit führen, wollten wir an dieser Stelle alle die Klagen wiederholen, die der Begründer der Interpellation im Reichstage vorbrachte. Sie entzuppen sich alle als auf echt preussischen Eigenheiten beruhend. Der bekannte Bolensämpfer Koranyi hat sogar von einigen in seinem Wahlkreise vorgekommenen behördlichen groben Verstößen gegen das Vereinsgesetz bei dieser Gelegenheit im Reichstage gesagt: „Solche Gemeinheiten sind nur in Preußen möglich.“ Er bekam dafür zwar zwei günstige Ordnungsrufer, was aber den tapferen Polen sehr kalt zu lassen schien. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen mußte dann der Vertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Delbrück, zugeben, daß er den Eindruck habe, in einer ganzen Reihe von Fällen sei von den Behörden dem Reichsvereinsgesetz eine unrichtige Auslegung gegeben worden, die selbst dem eignen Interesse der Behörden widerspreche. Die Debatte über diesen Punkt dauerte fast zwei Tage und entrollte ein so anschauliches Bild preussisch-deutscher Gesetzesauslegung und den Standpunkt der einzelnen Parteien dazu, daß wir die Lektüre der diesbezüglichen Parlamentsberichte in der Tagespresse nicht dringend genug empfehlen können; wobei wir jedoch als selbstverständlich voraussetzen, daß man nicht nur die Berichte der rechtsstehenden Zeitungen, sondern auch jene der Linken liest. Der gesunde Menschenverstand wird dann schon erkennen, wo in diesem Falle Bartel den Most zu holen hat.

**Briefkasten.**

A. B. in B.: Wir haben die betreffende Stelle einem andern Gewerkschaftsblatt entnommen, sind aber nun durch Ihren Hinweis der Sache besser auf die Spur gegangen und haben gefunden, daß die betreffende Behauptung sich mit dem neuen Gesetze nicht deckt. Eine besondere Berichtigung halten wir jedoch für überflüssig, da diejenigen, die es angeht, jetzt kaum noch etwas davon erfahren würden. Im nächsten Jahre wird die Sache eingereicht werden. — R. W. in Frankfurt: Das Kindische Buch, das schon oft im „Korr.“ erwähnt wurde, entspricht nach unserm Urtheil am besten Ihren Wünschen. — C. F. in Lübeck: Leider können wir Ihrer Auffassung nicht beitreten, denn wir wissen bestimmt, daß diese Arbeit nicht nur von Hilfskräften außerhalb der Arbeitszeit geleistet wurde. — Nach Frau Lautern: Auf Grund so unbestimmter Angaben können wir die „Korr.“-Nummern der letzten vier Wochen nicht nach einem einzigen Satze durchsuchen. Wir haben jetzt tatsächlich mehr zu tun.

**Verbandsnachrichten.**

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13. Fernsprechnr. VI. 11191.

**Erfurt.** Um Angabe der Adresse des Schweizerdegen Robert Streit aus Neustadt (O.-Schl.), zuletzt in Helbrungen in Kondition, ersucht E. Sonnenstädt, Karlsruher Straße 16.

**Essen (Ruhr).** Der Gesetzer Artur Treppin aus Berlin (Hauptbuchnummer 76282) wird ersucht, den im Buche quittieren, aber nicht bezahlten Beitrag für die Woche vom 7. bis 12. August baldigst an M. Adamczewski, Severinstraße 42 II, einzuliefern.

**Koesfeld i. Westf.** Kollege Lammerz, zuletzt in Billerbeck in Kondition, wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen dem Ortsvereine Koesfeld gegenüber nachzukommen.

**Adressenveränderungen.**

**Sersberg (Ester).** Vorsitzender: Otto Hilzenbecher, Bodenhäuserstraße 30 I.

**Reiße (Ort).** Vorsitzender: Hermann Saad, Ring 16 (Paradeplatz).

**Wittenberg (Ort).** Kassierer: Otto Eylert, Adlersstraße 2.

**Zabrze.** Vorsitzender: Paul Springer, Kaiser-Wilhelm-Straße 9; Kassierer: Franz Eckert, Turmstr. 2.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Vallenstedt a. S. der Gesetzer Otto Dürfel, geb. in Vallenstedt 1859, ausgel. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — Paul Mag in Queblinburg, Am Kanonenberg 2.

In Bodoitz i. W. der Drucker August Winmans, geb. in Burgwalbnel 1888, ausgel. in Düsselhof 1906; war schon Mitglied. — Karl Lehmann in Wesel, Niederstraße 17.

In Brakel 1. der Drucker Karl Hellerich, geb. in Kirchlammig 1876, ausgel. in Kirchlammig 1894; war schon Mitglied; die Gesetzer 2. Franz Sillebrand, geb. in Helmshausen 1892, ausgel. in Brakel 1910; 3. Franz Mustafa, geb. in Helmstedt 1888, ausgel. das. 1907; waren noch nicht Mitglieder. — Otto Mirow in Bielefeld, Almühlenstraße 13.

In Duisburg der Gesetzer Max Pauli, geb. in Wüllich bei Krefeld 1890, ausgel. das. 1908; war schon Mitglied. — In Mülheim a. d. Ruhr der Gesetzer Leo Friß, geb. in Metlach 1893, ausgel. das. 1911; war noch nicht Mitglied. — In Oberhausen (Rhtb.) 1. der Gesetzer Johann Brings, geb. in Dorst 1892, ausgel. das. 1911; 2. der Drucker Rudolf Neuhaus, geb. in Wetter a. d. Ruhr 1893, ausgel. in Witten a. d. Ruhr 1911; waren noch nicht Mitglieder; 3. der Gesetzer Paul Joh, geb. in Berlin 1891, ausgel. in Weigensee bei Berlin 1908; war schon Mitglied. — Rudolf Paleyke in Duisburg, Ruhrortter Straße 36.

In Erfurt der Gesetzer Johannes Verbig, geb. in Loschwitz bei Dresden 1892, ausgel. das. 1911; war noch nicht Mitglied. — In GutsMuths in Gotha 1909; war noch nicht Mitglied. — In Zellst. St. Wl. der Schweizerdegen Otto Graubaum, geb. in Friedrichshöhe a. Harz 1884, ausgel. in Wittenberge (Bez. Potsdam) 1902; war schon Mitglied. — A. Stange in Erfurt, Friedrich-Wilhelm-Platz 6/9.

In Essen der Drucker Wilhelm Will, geb. in Essen-Rellinghausen 1892, ausgel. in Essen 1910; war noch nicht Mitglied. — In Wattenscheid die Gesetzer 1. Paul Reuter, geb. in Berlin 1888, ausgel. das. 1906; war schon Mitglied; 2. Joseph Odenbreit, geb. in Düsseldorf 1892, ausgel. das. 1911; war noch nicht Mitglied. — Otto Krauß in Essen-Mittenscheid, Alfriedstraße 1a.

In Graubenz der Gesetzer Oskar Kirschstein, geb. in Eisenau (Kreis Wongrowitz) 1892, ausgel. in Stras-

burg (Westpr.) 1911; war noch nicht Mitglied. — Hugo Stowinski, Rafenstraße 26 II.

In Heideberg der Schweizerdegen Johann Dominis, geb. in Bernersheim 1881, ausgel. das. 1898; war schon Mitglied. — Karl Schneider, Obere Medarstraße 19.

In Herne der Drucker Paul Dunkel, geb. in Greifswald 1877, ausgel. in Sahnitz 1894; war schon Mitglied. — G. Friedemann in Bochum, Biemelhauser Straße 42.

In Kiel 1. der Gesetzer Hugo Bumann, geb. in Kiel 1890, ausgel. das. 1910; 2. der Schweizerdegen Emil Grel, geb. in Bieslau bei Dirschau 1888, ausgel. in Marienburg (Westpr.); waren noch nicht Mitglieder. — P. Lorenzen, Fockstraße 23.

In Nicolai (O.-Schl.) der Drucker August Hanusch-Kiewitz, geb. in Nicolai 1885, ausgel. das. 1904; war schon Mitglied. — Wilhelm Vogler in Kattowitz, Eillersstraße 4 III.

In Ostod die Gesetzer 1. Friß Diederichs, geb. in Kröpelin 1888, ausgel. das. 1907; 2. P. F. R. Scheffeling, geb. in Teßlin 1889, ausgel. das. 1908; waren noch nicht Mitglieder. — R. Dorn in Schwerin i. M., Eisenbahnstraße 12 II.

In St. Gallen der Schweizerdegen Eugen Meyer, geb. in Bronner (Vayern) 1886; war schon Mitglied. — R. Hug in St. Gallen.

**Arbeitslosenunterstützung.**

**Chemnitz.** Dem Gesetzer Euno Schöttner aus Plauen wurde in Paris sein Verbandsbuch (Hauptbuchnummer 92525, Erzgebirge-Bohland 2324) gestohlen. Es wurde ihm ein neues Buch (Erzgebirge-Bohland 2439) ausgestellt. Das alte Buch ist bei etwaigem Vorzeigen abzunehmen und an den Hauptverwalter einzuliefern.

**Versammlungskalender.**

**Acherleben.** Stereotypen- und Galvanoplastikerversammlung (Gau An der Saale) Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Restaurant „Zur Tulpe“, Finkenweg.

**Dortmund.** Bezirksversammlung Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Königlichen Hof“ in Dortmund.

**Münster.** Die folgende Bezirksversammlung Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Vogelgarten“, Zweibrückenstraße 8.

**Essen.** Höhererordentliche Bezirksversammlung Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, im „Balkonengarten“, Hellinghauser Straße 113.

**Plauen.** B. Bezirksversammlung Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Schäpshof“ (Anger) in Plauen.

**Tüchtiger, korrekter Typographsetzer**

für Modell A und B gesucht. [1] Augsburgs Buchdruckerei und Verlagsanst. G. m. b. H.

**Ein tüchtiger Monotypsetzer**

wenn möglich gelernter Schiffschreiber, findet bei uns sofort dauernde Stellung. Bewerbungen unter Angabe der bisherigen Stellungen und der Gehaltsansprüche erbeten.

Hiersche Buchdruckerei, Altenburg (S.-M.).

**Galvanoplastiker.**

Wir nehmen noch einige tüchtige Galvanoplastiker auf. Nur solche, welche in allen vorkommenden Arbeiten bewandert sind, können berücksichtigt werden. Werte Angebote unter Angabe von Gehaltsansprüchen erbeten an Schönwoltz & Pflünger, Dresden N.

**Galvanoplastiker und Stereotypen**

in allen vorkommenden Arbeiten ein vollständiger selbständiger Arbeiter, auch Rundgalvan-, Flach- und Rundstempeln, wünscht sich zu verändern. 39 Jahre alt. Werte Angebote mit Lohnangabe erbeten an C. Weber, Magdeburger, Bismarckstraße 16, S. I. [997]

**Dresden Buchdruck-Maschm.-Verein Dresden**

Sonntag, den 29. Oktober: **Exkursion** in die Dresdner Schnellpressenfabrik, A.-G., in Koswig. — Abfahrt 9 Uhr 15 Min. vormitt. vom Neustädter Bahnhof. Mitglederkarte dient am Fabriksangehänge zur Legitimation. Der Vorstand. [4]

**Liedertafel Gutenberg**

von 1877. Hamburg-Altona.

**Achtung Sänger!**

Donnerstag, den 28. Oktober, wichtige Besprechung! Der Vorstand. [8]

**H. MATHAEUS DESSAU**  
Flössergasse 46  
Katalog gratis u. fr.

**Buchdrucker-Stenographenverein „Gabelsberger“, Münster.**

Wir eröffnen am Mittwoch, dem 23. Oktober, abends 9 Uhr, im „Neft. Madenbrat“ einen neuen **Interpretkursus**

in dem bewährten Einheitsystem Gabelsberger. Das System Gabelsberger ist am kürzesten und darum am leistungsfähigsten, es ist sicher und leicht wiederlesbar, es ist ebenso leicht erlernbar wie ein anderes System und es hat die größte Verbreitung gefunden — im letzten Jahre erlernten 188 097 Personen unser System.

Vor der Kursbeginnung wird Kollege Ruch einen Vortrag halten über: Warum hat die Gabelsbergerische Stenographie die größte Verbreitung in Buchdruckerkreisen gefunden und empfiehlt sich nur dieses System zur Erlernung? Reges Beteiligung erwartet.

Der Vorstand.

**Am 19. Oktober verschied nach längerem Leiden, in Villingen unser wertiges Mitglied, der Setzer**

**Joseph Konstanzer**

im Alter von 22 1/2 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm [9] 998] Der Bezirk Lehr I. B.

**Todesanzeige.**

Am 19. Oktober verstarb nach langem, schwerem Leiden unser wertiges Mitglied, der Korrektor

**Wilhelm Wald**

aus K61n, im Alter von 89 Jahren. Sein Andenken wird in Ehren gehalten [999] Der Ortsverein Köln (V. d. D. B.).

**Am 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet an Magen-schmerz unser lieber Freund und Kollege, der Schriftsetzer**

**Albert Gropp**

im 90. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Berlin, den 20. Oktober 1911 [7] Die Kollegen der Druckerei der „Berliner Börsen-Zeitung“.

**Monotyp-Beißer**

machen ihre Anlage rentabel, wenn sie Ersatzteile und Reparaturen billig und schnellstens erhalten. Jeder gebrochene Teil wird autogenisch geschweiszt und sachgemäß justiert, da ich langjähriger Monotypemonteur war. Verlangen Sie bitte Preisliste von der **Maschinenbauanstalt für das Buchdruckgewerbe Max Sprung** Leipzig, Sternwartenstraße 44. — Tel. 12691. [6]

**Stereotypenverein Gau An der Saale. III. Quartalsversammlung in Acherleben**

Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 11 Uhr, in Alwin Hoff's Restaurant „Zur Tulpe“, Finkenweg. Um zahlreiches Erscheinen erucht Der Vorstand. [991]

**Gutenbergverein Stuttgart.**

Samstag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, findet in „Dinkelackers Saalbau“ die Feier des

**49. STIFTUNGSFESTES**

unsres Vereins statt, wozu die Verbandsmitglieder Stuttgarts und der umliegenden Druckorte höchlichst eingeladen sind. Der Ausschuss. [995]

**Die Grundzüge der Ornamentik, Zurichtemesser und Scheren**

und zwar der einfachen wie der komplizierten, Ahlen, Finzetzen, alle Utensilien für Setzer und kann man durch Studieren dieses Heftes kennen. Drucker empfiehlt K. Siegl, München 80 7. lern. Preis 75 Pf. Julius Mäser in Leipzig-R. Katalog gratis. [992]

**Unhang zum Larise von Konrad Eichler.** Preis des Komplexes 10 Bl. (3 Bl. Porto). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie Georg Lößlich, Leipzig, Salomonstraße 8, entgegen.

Am 19. Oktober verstarb unser Kollege, der Setzer **Hermann Gabriel**

im 61. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm [9] Der Ortsverein Danzig.

Am 19. Oktober verstarb nach längerem Leiden im Alter von 60 Jahren unser lieber Kollege, der Setzer **Hermann Gabriel.**

Wir betrauern in dem Verstorbenen einen lieben Freund, der stets in treuer Kollegialität mit uns gewirkt hat. Sein Andenken werden wir allezeit in Ehren halten. Die Kollegen der Firma A. W. Kafemann, G. m. b. H., in Danzig. [8]